

Daniel Mullis
Der Aufstieg der Rechten in Krisenzeiten

Schriftenreihe Band 11128

Daniel Mullis

Der Aufstieg der Rechten in Krisenzeiten

Die Regression der Mitte

Daniel Mullis, geb. 1984, ist Humangeograph und wissenschaftlicher Mitarbeiter am Leibniz-Institut für Friedens- und Konfliktforschung in Frankfurt am Main.



Diese Veröffentlichung stellt keine Meinungsäußerung der Bundeszentrale für politische Bildung dar. Für die inhaltlichen Aussagen trägt der Autor die Verantwortung. Beachten Sie bitte auch unser weiteres Print- sowie unser Online- und Veranstaltungsangebot. Dort finden sich weiterführende, ergänzende wie kontroverse Standpunkte zum Thema dieser Publikation.

Bonn 2024

Sonderausgabe für die Bundeszentrale für politische Bildung
Bundeskanzlerplatz 2, 53113 Bonn

© 2024 Philipp Reclam jun. Verlag GmbH

Umschlaggestaltung: Michael Rechl, Kassel

Umschlagfoto: © IMAGO / IlluPics

Druck und Bindung: GGP Media GmbH, Pöbneck

ISBN 978-3-7425-1128-7

www.bpb.de

Inhalt

Vorwort 7

Einleitung 13

Teil I: Verunsicherung und Krise 37

Finanz- und europäische Schuldenkrise 2008–2015 39

Konflikte um Migration ab 2015 44

Ausbruch der Pandemie im Frühjahr 2020 61

Die Rückkehr von Krieg und Klimakrise 81

Kulturkampf um Privilegien 117

Teil II: Im Wohnzimmer 127

Wo wir sind 130

»Schwere Zeiten« 135

»Entweder man hat es geschafft, oder man rutscht ab« 149

»Außer wählen geht nichts« 165

»Sie können Koffer schleppen« 185

Regressive Glückserwartungen 203

Teil III: Tiefenstrukturen 221

Multiplizierte Kontingenzerfahrungen 224

Die Herausbildung des Ich-Ideals 228

Regressive Individualisierung 257

Autoritäre Neoliberalisierung 265

Die Durchsetzung einer politischen Ordnung 269

Dimensionen neoliberaler Regression 284

Schluss 296

Anmerkungen 322

Literaturhinweise 330

Einleitung

»Was fehlt, ist eine Theorie darüber, wie Akteure in unterschiedlichen Situationen sich selbst verstehen, was sie als das betrachten, was ihnen zusteht, was sie von ihren Vorgesetzten und Machthabern erwarten und was sie zu politischem Handeln veranlasst.«

Nancy Fraser im Dialog mit Rahel Jaeggi 2020, S. 173

Es ist Sommer 2022, ich sitze bei Frau Becker (No6/22)¹ im Wohnzimmer, in einem Stadtteil etwas außerhalb des Zentrums von Frankfurt am Main. Der Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine tobt seit einigen Monaten, und der Klimawandel ist angesichts des Dürresommers allgegenwärtig. Debatten über Waffenlieferungen und Fluchtbewegungen aus der Ukraine, explodierende Energiepreise, den Umbau von Hartz IV zum Bürgergeld sowie um Gendersprache und eine angebliche Cancel Culture prägen die Kommentarspalten. Kaum noch Erwähnung hingegen finden die anhaltend hohen Corona-Fallzahlen. Die Pandemie hat im Alltagsleben der meisten kaum noch Relevanz.

Frau Becker und ich haben uns für ein Interview verabredet. Ihr Mann fragt mich, ob mein Fahrrad gut abgeschlossen sei, hier werde alles gestohlen, und zieht sich dann zurück. Meine Gesprächspartnerin ist in Rente, Mitte 60, und wählt überwiegend die Grünen, aber auch mal die SPD. Sie wohnt mit ihrem Mann im Eigenheim. Eigentlich wohne sie gerne im Viertel, aber es gehe bergab. Seit der Wohnblock nebenan von einem ehemaligen großen Staatsunternehmen an ein Immobilienunternehmen verkauft wurde, verkomme die Anlage. Sie sagt es nicht offen, aber es wird deutlich: Sie gibt der Armut und der mutmaßlich ausländischen Herkunft der Bewohner:innen des Blocks die Schuld am Niedergang. Die Erfolge der AfD im Stadtteil hat sie

wahrgenommen, kann sie sich aber nicht erklären. Sie habe »keinen Kontakt mit diesen Leuten«. Auf einem Mast in ihrer unmittelbaren Nachbarschaft weht eine Fahne des Deutschen Reichs. Für Frau Becker (No6/22) ist die Welt nicht mehr so klar sortiert, wie sie es einst war. Deutschland habe für »Pünktlichkeit, für Zuverlässigkeit und gute Architekten, gute Planung« gestanden, heute könne man nicht mal mehr mit der Bahn nach Berlin fahren, ohne eine Stunde Verspätung zu haben.

Ortswechsel. Herr Uhlig (Go8/22) sitzt in seiner Wohnung in Leipzig-Grünau, eine der größten Großwohnsiedlungen aus Zeiten der DDR. Er ist seit sechs Jahren in Rente und wohnt seit fünf Jahren im Stadtteil. Er und seine Frau seien vom Land bewusst hergezogen, und er sei »hellauf begeistert«. Klar gebe es Flecken, die nicht so schön seien, aber es sei sehr grün und die Nahversorgung noch gut. Im Leben hat er einiges durchgemacht, gerade die Wende 1989/90 beschreibt er als Zäsur. Da habe sich »alles verändert«, insbesondere die sicher geglaubte berufliche Laufbahn nach Ausbildung und Studium sei dahingewesen. Er habe sich dann durchgeschlagen, wirklich zufrieden sei er nicht mehr. Seinen Kindern hingegen gehe es gut, berichtet er nicht ohne Stolz. Er stört sich daran, dass sich Politik »um Großkonzerne« kümmere, wohingegen »bei sozialen Projekten um jeden Pfennig« gestritten werde. Regelrecht empört ist er über das Handeln der Bundesregierung im Ukrainekrieg. Putin habe widerrechtlich angegriffen, sicher. Aber alleinige Schuld? Nein, Schuld habe die NATO genauso, und in Deutschland werde nur einseitig berichtet. Er sagt dann, er fühle sich heute so unwohl wie in seinem »ganzen Leben noch nicht«, und es sei wie zu DDR-Zeiten: »Es hat sich nichts verändert, es ist nur alles anders geworden.« Zur Zuwanderung von Menschen, die auf der Flucht ab 2015 nach Deutschland kamen, sagt er: »Wir können uns nicht verschließen«, aber alle hätten sich an die Regeln zu halten, und dies sei leider allzu oft nicht der Fall. Seine Ressentiments, die immer wieder durchkommen, fallen ihm selbst auf, und er korrigiert sich. Stellt dann aber auch klar,

dass »man heute bald mehr aufpassen« müsse, wie man Dinge formuliert, als vor der Wende. Gewählt habe er als ehemaliges SED-Mitglied früher PDS beziehungsweise Die Linke. Heute fühle er sich politisch heimatlos, wähle aber noch aus Routine. Mit den Parteien habe er insgesamt abgeschlossen. Er habe überlegt, die Alternative für Deutschland (AfD) zu wählen, es dann aber verworfen. Mit jemandem wie Björn Höcke wolle er nichts zu tun haben.

Solche Geschichten bekomme ich in den Gesprächen, die für dieses Buch in Frankfurt am Main und Leipzig geführt wurden, häufig zu hören. Gesprochen wurde mit Anwohner:innen von Stadtteilen, in denen die AfD in den letzten Jahren erfolgreich war. Gefragt wurde danach, wie es den Menschen vor Ort geht, wie sie ihren Alltag erleben, was sie als Krisen deuten und was sie stört. Die Gesprächspartner:innen verknüpfen ihre lokalen und biographischen Erfahrungen mit Geschichten vom Hörensagen sowie mit allgemeinen gesellschaftlichen Prozessen. Es gibt gewichtige Unterschiede zwischen den Erzählungen, wie immer, wenn man länger mit Menschen spricht. Auf einer allgemeineren Ebene jedoch ähneln sie sich. Es geht um den schlechten Zustand der Demokratie und die Erfahrung von politischer Machtlosigkeit; um Vorbehalte gegenüber Zuwanderung, die sich mit Sorgen um den eigenen Statusverlust vermengen. Immer wieder werden die Krisen von Pandemie, Krieg und Klimawandel als große Herausforderungen angesprochen.

In Frankfurt sind die Gespräche von einer gewissen Ernüchterung darüber geprägt, dass sich das deutsche Wohlstandsmodell nicht mehr auszahle. In Leipzig, wo die Menschen durch die Wende bereits einen einschneidenden Bruch erlebt haben, scheinen sich viele meiner älteren Gesprächspartner:innen damit arrangiert zu haben, dass es keinen Aufstieg für sie geben wird. Umso stärker ist der Blick zurück in die DDR, in der mit Ausbildung und Studium noch Möglichkeiten und Sicherheiten einhergegangen seien. Bei jüngeren Menschen ist diese Empfindung weniger ausgeprägt, für sie ist die Erzählung vom geeinten

Deutschland als Möglichkeitsraum weit gewichtiger. Umso größer ist die Enttäuschung, wenn es dann doch nicht klappt.

Jeweils zum Schluss der Gespräche wurden die Menschen gefragt, was sie sich für die Zukunft wünschten. Wenn überhaupt etwas genannt wird, dann Normalität, Planbarkeit und Stabilität. Es solle wieder so sein, wie es einst war. Dass die Vergangenheit so, wie man sie sich vorstellt, niemals war, ist zweitrangig, es geht primär um die Imagination einer sozialen Ordnung und Machtverteilung, in der man selbst obenauf ist. Verkannt wird in solchen Ausführungen grundsätzlich, wie ausschließend und ungerecht sowie im Falle der DDR autoritär diese ersehnte Normalität einst war.

Die Menschen, deren Geschichten ich hier aufgreife und einordne, wissen um die Problemlagen der Zeit. Deutlich wird aber auch, dass die Erfahrung, nicht gehört zu werden, politisch nicht von Gewicht zu sein, heute zunehmend die Milieus der deutschen Mitte erreicht, also jene Milieus betrifft, die lange Zeit dachten, dass die Welt für sie gemacht sei und es für sie kein Ungemach gebe. Politisch reagieren sie unterschiedlich: Manche wählen schlicht stoisch weiter, wen sie immer schon gewählt haben, obwohl sie bitter enttäuscht sind; andere wählen mal die einen, mal die anderen, und engagieren sich vor Ort, weil sie dies als sinnvoller erachten; manche ziehen sich ganz zurück, wollen mit Politik nichts mehr zu tun haben; und ein Teil wendet sich der Rechten zu. Um es klar zu sagen: Enttäuschung oder gar Wut sind keine Einbahnstraßen nach Rechtsaußen und somit auch keine Entschuldigung für den Hass, dem ich bisweilen begegne. Woran es in den Erzählungen eindeutig mangelt, sind (kollektive) politische Visionen. Viele suchen individualisiert nach Lösungen für die gestellten Herausforderungen, und die Frustration nimmt zu, wenn diese – wie allzu oft – nicht zu finden sind. An dieser Stelle vermag die Rechte mit ihren ressentimentgeladenen Erzählungen und dem damit verbundenen Versprechen, Normalität und Ordnung wiederherzustellen, zu punkten; sie gewinnt für die Menschen eine gelebte Plausibilität.

Regression der Mitte?

Lassen wir die mannigfachen Krisen der 2010er und der ersten Hälfte der 2020er Jahre Revue passieren, dann wird deutlich, dass sich parallel dazu regressive Muster in der Mitte der Gesellschaft verstärkt haben und zugleich die politische Rechte deutlich erstarkte. Die soziale Ordnung der *Spätmoderne*, die ab den 1970er Jahren eng mit dem Projekt der Neoliberalisierung verbunden ist, hat noch lange von sozialen Garantien und Normalitätsvorstellungen der *organisierten Moderne*, die als Industriegesellschaft ab den 1920er Jahren dominierte, profitiert.² Der Sozialstaat und die kollektive Absicherung stifteten den nötigen sozialen und emotionalen Halt, um sich auf die Individualisierung der Zeit sowie der forcierten wirtschaftlichen Konkurrenz einzustellen. Es waren ideelle, materielle und strukturelle Relikte der Vergangenheit, die als doppelter Boden dienten, damit die Menschen sich auf die gesteigerte Unsicherheit und Pluralisierung der Spätmoderne einlassen konnten (Charim 2018, S. 81).

Diese Sicherheiten sind heute im Zuge des Sozialabbaus, der Prekarisierung und der Beschränkung auf die Kleinfamilie als soziale Zelle der Reproduktion faktisch im Verschwinden begriffen.³ Das hat Konsequenzen für das Individuum, aber auch – und das wird oft vergessen – für den Möglichkeitsraum, in dem sich Gesellschaft als Kollektiv formieren kann. Die Folgen sind nicht nur Austritte aus Parteien, Gewerkschaften und Kirchen, sondern eine Veränderung des Terrains insgesamt, auf dem sich Politik als eine auf Gesellschaft gerichtete Praxis entfalten kann. Die Konsequenz: Genau zu jenem Zeitpunkt, wo die Krisen der Zeit und insbesondere die Klimakrise kollektives und solidarisches Handeln erfordern, dominiert eine Ideologie, die dem fundamental im Wege steht. Dies dürfte, wenn dereinst zurückgeblickt wird auf unsere Epoche, als eine wesentliche Verheerung des Neoliberalismus beschrieben werden.

Die Finanzkrise und deren gesellschaftliche Auswirkungen lösten laut dem Soziologen Stephan Lessenich (2022, S. 37–39)

die heute spürbaren Normalitätsverschiebungen sowie den damit verbundenen Aufstieg der Rechten in Deutschland aus. Er hat damit nicht unrecht, aber es stimmt so zugespitzt vor allem für Westdeutschland. Im Osten sind die Erfahrungen von Brüchen und Unsicherheiten tiefer in die kollektiven Erinnerungen eingeschrieben und werden mit der Wende verbunden (Mau 2019). In beiden Fällen stimmt jedoch, dass die große Zahl an Menschen, die 2015/16 in Deutschland Schutz suchten, aber auch die Coronapandemie, die Rückkehr eines konventionellen Krieges mitten in Europa, Inflation und Wirtschaftskrise sowie die Akzentuierung der Klimakrise die kollektive Verunsicherung deutlich verschärften. Zunehmend treten Konflikte um Privilegien, Gewohnheiten und kulturelle Normen in den Vordergrund. Über Deutschland hinausblickend diagnostiziert die Philosophin Nancy Fraser (2022; Herv. i. O.), dass die Entwicklungen der letzten Jahre ein »wachsendes Bewusstsein dafür« geschaffen hätten, »dass wir nicht mehr mit *business as usual* weitermachen können«. Dieses Gefühl führe aber allzu oft »zur Unterstützung autoritärer und chauvinistischer« Politiken. In diesem Gefüge sieht der Kulturosoziologe Andreas Reckwitz (2020 [2006], S. 16–18) Anzeichen dafür – so schreibt er im Vorwort der Neuausgabe von *Das hybride Subjekt* –, dass die Gesellschaft den Auszug aus der Moderne angetreten haben könnte und eine grundlegend veränderte Weise der Vergesellschaftung sich abzeichne. Ob dem so ist, wird sich zeigen; auf jeden Fall befinden wir uns mitten in einer historischen Phase gesellschaftlicher Neuaushandlungen.

Was mich interessiert, ist der Umgang der sogenannten Mitte der Gesellschaft mit den Veränderungen samt ihren Herausforderungen. Dieses Buch handelt von der wachsenden Anziehungskraft autoritärer und ressentimentgeladener Haltungen sowie dem Aufstieg der politischen Rechten. Im Zusammenhang mit der Etablierung der AfD in der politischen Landschaft wurde in den vergangenen Jahren viel über diese Verschiebungen geschrieben und intensiv über Ursachen debattiert.⁴ Die

politischen Entwicklungen seit der Bundestagswahl 2021, die einerseits durch stark steigende Umfragewerte der AfD und andererseits durch einen verschärften rechten Kulturkampf der Unionsparteien einschließlich einer starken Kritik an den Grünen und links-grünen Lebensmodellen gekennzeichnet sind, haben die medialen Debatten geprägt und die Suche nach den Ursachen zusätzlich belebt.

Ich knüpfe an diese Diskussionen an, sie bieten wichtige Referenzen. Allerdings werde ich in diesem Buch die Blickrichtung ändern: Anstatt, wie zumeist, von der Rechten ausgehend die Frage zu stellen, wie diese in die Mitte vordringt, befaße ich mich mit der Mitte der Gesellschaft. Ich betrachte damit den Teil der Gesellschaft, der für sich in Anspruch nimmt, die *Mitte* zu sein, und blicke von dort nach Rechts. Sehen werden wir im Verlauf des Buches, dass die Mitte zwar nicht von Rechts eingenommen ist, sie aber längst nicht mehr als *Garantin der Demokratie* gelten kann. Und zwar nicht, weil die Mitte den »Extremisten zum Opfer fällt«, wie es etwa Extremismusexpertin Julia Ebner (2023) formuliert, sondern weil in der Mitte selbst regressive Prozesse im Gange sind, die rechte Politiken begünstigen. Leitend ist für mich folglich die Frage nach Prozessen, die der Mitte der Gesellschaft eingeschrieben sind, die die Rechte anschlussfähig und ihre Erzählungen plausibel machen sowie zugleich die Spielräume für progressive Politiken verengen. Dafür fokussiere ich auf artikulierte Krisenbefunde, Befindlichkeiten und Glückserwartungen. Diese gilt es zu verstehen, wenn Wege gefunden werden sollen, mit progressiven Antworten zu den Menschen durchzudringen.

...